

Großbritannien: Bericht des Unterhauses zur Lage der Öffentlichen Bibliotheken

Gernot U. Gabel

Im März 2005, acht Wochen vor dem Wahltermin, den Premierminister Tony Blair mit Zustimmung der Königin überraschend auf den 5. Mai 2005 festlegte, publizierte der Kulturausschuss des britischen Unterhauses einen Bericht über die öffentlichen Bibliotheken des Landes. Neben einer Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Bibliothekssituation bringt der Report eine Reihe von Empfehlungen, mit denen er auf einige der negativen Meldungen über die Public Libraries eingeht.

Dem vom House of Commons eingesetzten „Culture, Media and Sport Committee“ gehörten neben dem Vorsitzenden Sir Gerald Kaufmann zehn weitere Parlamentarier aus den drei im Unterhaus vertretenen Parteien (Labour, Conservative, Liberal Democrat) an. Der Ausschuss hatte seine Arbeit im Oktober 2004 aufgenommen und sich eine Agenda gegeben, die das Augenmerk auf sieben Themen wie Finanzierung, Dienstleistungen, Ausbildung und Informationstechnologie richtete. Als erste Maßnahme war eine Befragung mehrerer Personen, die in Bibliotheken führende Positionen einnehmen sowie dem Buchhandel nahe stehen, vorgesehen. Die Mehrzahl der Stellungnahmen ging schriftlich ein. Auch das Kultusministerium, das für den Sektor der öffentlichen Bibliotheken verantwortlich zeichnet, legte einen ausführlichen Bericht vor. In den Monaten November und Dezember 2004 hatte das Gremium drei Anhörungstermine anberaumt, zu denen ein Dutzend Persönlichkeiten geladen waren. Schließlich nahmen die Mitglieder des Ausschusses die Möglichkeit wahr, sich in zwei der neu eingerichteten Bibliotheken Londons eingehend über die Alltagssituation zu informieren.

Der vom Komitee verfasste Bericht (*Public Libraries: Third Report of Session 2004–05, Vol. 1. London: Stationary Office, 2005*) gibt zunächst einen knappen Überblick über jüngste Entwicklungen auf dem Bibliothekssektor. Danach haben sich öffentliche Bibliotheken erfolgreich in die Lese- und Bildungskampagne des Landes eingeschaltet, ihre Dienstleistungen nach den Erwartungen der Benutzer ausgerichtet und auf breiter Basis in Informationstechnologie investiert, ohne die im Bibliotheksgesetz von 1964 formulierten Kernfunktionen (Bereitstellung von Büchern, Zeitschriften und Medien) zu vernachlässigen. Mit Blick auf weiterreichende Forderungen sah sich aber das Komitee veranlasst davor zu warnen, den Bibliotheken auf lokaler Ebene noch weitere soziale Betreuungsleistungen abzuverlangen, denn angesichts finanzieller Engpässe könne das zu einer mangelhaften Abdeckung der Kernaufgaben führen. Die seit Jahren rückläufigen Buchausleihen seien in dieser Hinsicht ein

deutliches Warnzeichen, und eine Umfrage unter Nicht-Benutzern habe ergeben, dass nicht zuletzt eine ungenügende Ausstattung mit Neuerscheinungen zu einer nachlassenden Frequentierung der Bibliotheken geführt habe. Aus den Zahlen der Bibliotheksstatistik gehe hervor, dass im vergangenen Jahrzehnt die Erwerbungs Ausgaben (inflationbereinigt) um etwa 25 Prozent zurückgefallen seien. Der Ausschuss sah sich daher veranlasst, eine deutliche Anhebung der Erwerbungs Ausgaben für Bücher zu empfehlen. Insbesondere der Leseförderung jugendlicher Benutzer müsse man mehr Aufmerksamkeit widmen und eine Zusammenarbeit mit den Grundschulen suchen.

Der Organisationsstruktur und der Kontrolle von Dienstleistungen ist ein eigenes Kapitel gewidmet. Mehrere der Konsultierten hatten mündlich oder schriftlich vorgebracht, das Kultusministerium gelte nicht als sonderlich aktive Behörde und sei zudem wenig effektiv in der Durchsetzung seiner Prioritäten. Da eine Finanzierung der Bibliotheken weitgehend über die Landkreise (counties) erfolgt, ist das Ministerium in dieser Hinsicht in keiner starken Position. Dennoch sah sich das Komitee zu der Empfehlung veranlasst, das Ministerium zu mehr Engagement bei der Durchsetzung bibliothekspolitischer Forderungen zu ermuntern und zudem seiner Aufgabe als Fürsprecher der Public Libraries besser nachzukommen. Die 2001 vorgenommene Einführung von Bibliotheksstandards sei ein richtiger Schritt in Richtung auf eine generelle Anhebung der Servicequalität in den Public Libraries, zumal eine interne Revision ergeben habe, dass die Hälfte aller Bibliotheken den gesetzten Standards nicht entspreche. Das Ministerium müsse aber auch bereit sein, die erkannten Mängel aufzudecken und nachdrücklich auf Besserungen zu bestehen. Man möge im Ministerium sogar Überlegungen anstellen, das Bibliotheksgesetz von 1964 den heutigen Gegebenheiten anzupassen, um jüngste Entwicklungen festzuschreiben und künftige Veränderungsstrategien zu ermöglichen.

Im nächsten Kapitel werden Finanzfragen angesprochen. Mit Ausgaben in Höhe von fast einer Milliarde Pfund pro Jahr sind öffentliche Bibliotheken ein erheblicher Kostenfaktor der öffentlichen Haushalte Großbritanniens. Die Verantwortlichen in den 149 Bibliothekssystemen des Landes riefen stets nach Eräterhöhungen, aber sie müssten sich gefallen lassen, dass man ihre Praktiken hinterfragt, zumal wenn sie rund 60 Prozent des Jahresetats für Personal und lediglich 8 Prozent für Bücher ausweisen. Gerade mit einem vergleichenden Blick auf den Buchhandel sei die Frage nach Kosteneinsparungen im Personalsektor zu stellen. Das Komitee möchte solche Serviceleistungen gestärkt sehen, die den Benutzern direkt zugute kommen. Mit Sorge wird der hohe Finanzbedarf für bauliche Erneuerungen konstatiert, den man schon vor zehn Jahren mit rund 650 Millionen Pfund allein für den Landesteil England beziffert hatte und der heute für das gesamte System wohl eher mit einer Mil-

liarde Pfund angesetzt werden müsste. Man sollte versuchen, dazu Mittel aus dem National Lottery Fund einzuwerben sowie private Investoren einzubinden. Den Öffnungszeiten und Dienstleistungen wendet sich das folgende Kapitel zu. Von mehreren Seiten war im Verlauf der Befragung die Ansicht geäußert worden, die Bibliotheken müssten sich mehr nach den Wünschen der Benutzer richten und in größerem Umfang Öffnungszeiten in den Abendstunden und an Wochenenden anbieten. Der derzeit geltende Bibliotheksstandard für Öffnungszeiten sei allerdings zu vage formuliert, um tatsächlich derartige Veränderung zu bewirken. Das Komitee war der Ansicht, die Bibliotheken müssten diese Anregungen aufgreifen und, genau wie der private Sektor, auf das veränderte Arbeits- und Freizeitverhalten der Bevölkerung eingehen. Als Erfolg wird das Projekt „The People’s Network“ angesehen, das mit Lottogeldern Internetangebote etablierte und alle Bibliotheken mit IT ausstattete. Das hatte den positiven Effekt, dass zum ersten Mal der rückläufige Besuchertrend in den Public Libraries aufgehoben und sogar neue Benutzerschichten angesprochen werden konnten. Der Ausschuss ist aber der Meinung, dass es kontraproduktiv sei, diese Dienstleistung nun gebührenpflichtig zu machen, wie dies in einigen Bibliotheken geschehe. Stärkeres Augenmerk müsste auch darauf gerichtet werden, Menschen mit Sehbehinderungen den Zugang zu bibliothekarischen Angeboten zu erleichtern.

Dem Bibliothekspersonal wird Kompetenz und Engagement attestiert und die bibliothekarische Arbeit als vielseitig und anspruchsvoll bezeichnet. Dank der vielen gut ausgebildeten und motivierten Mitarbeiter erfreut sich das Bibliothekswesen Großbritanniens weiterhin eines guten Rufes. In Anbetracht der wenig günstigen Verdienstentwicklung im öffentlichen Sektor würden aber inzwischen Absolventen eher Positionen im Privatsektor annehmen, so dass sich längerfristig eine Überalterung des Personals ergeben könnte. Angesichts dieser Entwicklung sei es erforderlich, dass sich die Profession mehr an die Öffentlichkeit wendet und sich selbst als positiv darstellt, denn nur so lassen sich hochqualifizierte Bewerber anlocken. Als bedenkliche Entwicklung wird angesprochen, dass in der Vergangenheit nicht in hinreichendem Maße darauf geachtet worden sei, Führungspersonal mit Managementkompetenzen und Verhandlungsgeschick einzustellen. Dadurch habe man den kommunalen Verwaltungen oft nicht die Wertschätzung bibliothekarischer Dienstleistungen vermitteln und deren angemessene Finanzierung sicherstellen können. Der Ausschuss sprach die Empfehlung aus, dass man in Zukunft diese Fertigkeiten durch interne Schulungen vermitteln und bei Einstellungen darauf dringen müsste, dass das Leitungspersonal neben den bibliothekarischen auch soziale, kommunikative und Management-Kompetenzen besitzt.

Das letzte Kapitel ist den Schulbibliotheken gewidmet, auch wenn diese nicht direkt zum Aufgabenfeld der öffentlichen Bibliotheken zählen. Die Freude am

Lesen und an Lektüre wird am besten im Schulalter vermittelt, und in dieser Hinsicht kommt guten Schulbibliotheken eine Schlüsselstellung zu. Eine interne Evaluierung hat jedoch ergeben, dass die vom Erziehungsministerium für Schulbibliotheken ausgewiesenen Finanzmittel stetig zurückgegangen sind oder sogar sachfremd verausgabt wurden. Das Komitee sah sich daher zu der Empfehlung veranlasst, das Kultusministerium möge diesen Trend genau beobachten und gegebenenfalls Modelle entwickeln, wie sich eine Zusammenarbeit von Schul- und kommunalen Bibliotheken mit dem Ziel einer besseren Leseförderung erreichen ließe.

Der Bericht wurde im Februar 2005 vom Komitee gebilligt und anschließend der Geschäftsführung des House of Commons zugeleitet. Von dort ging er an das Kultusministerium zwecks einer Stellungnahme, die bis zum 9. Mai 2005 erwartet wurde. Aber dazu sollte es nicht mehr kommen, denn mit der vom Premierminister durchgesetzten Auflösung des Unterhauses war die parlamentarische Arbeit beendet und der Wahlkampf begann, der für die Labour Party zum dritten Wahlsieg in Folge führte. Mitte Mai konnte Tony Blair bereits sein neues Kabinett vorstellen, dem auch ein neuer Kultusminister angehört. Ihm wird es nun obliegen, den Bericht mit seinen Empfehlungen zu evaluieren und sich für die Verbesserungen, die auch vom britischen Bibliotheksverband CILIP befürwortet werden, in den Public Libraries des Landes einzusetzen.

